

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Integrationspolitik

Nr. 222/12 vom 27. April 2012

Astrid Damerow: Vollzeitstelle allein hilft nicht gegen Diskriminierung

Sperrfrist: Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort!

Ungleichbehandlung von Frauen und Männern, von Menschen mit Behinderung, Diskriminierung aus Gründen des Alters, der sexuellen Identität, wegen Krankheit, und aus aktuellem Anlass betone ich es besonders: Rassismus und Antisemitismus in jedweder Form lehnen wir entschieden ab. Wir anerkennen und unterstützen die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ausdrücklich.

Ihre Projekte und vor allem ihre Hilfestellung in konkreten Fällen sind unverzichtbar.

Ebenso haben all die Institutionen und Vereine, die sich gegen unterschiedliche Formen der Diskriminierung engagieren unseren Respekt. Der Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein hat unter einem Dach einige der Akteure vereint – die Mitgliederliste ist eindrucksvoll.

Auch die Gleichstellungsbeauftragten, die Beauftragten für Menschen mit Behinderung und die Seniorenbeiräte in unseren Kommunen leisten wertvolle Arbeit.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass Einsatz gegen Diskriminierung und für Toleranz in unserem Land an vielen Stellen – und damit auch dezentral gelebt wird.

Natürlich lehnen wir einen Beitritt zur „Koalition gegen Diskriminierung“ nicht grundsätzlich ab.

Allerdings, und das ist der einzige Teil des Antrages der Fraktion Die Linke, dem ich zustimme – darf dieser Beitritt nicht nur Symbolcharakter haben. Deshalb bitten wir mit unserem Antrag die Landesregierung, zu prüfen, ob ein Beitritt dem Land – und vor allem den betroffenen Menschen konkret hilft, oder ob andere Maßnahmen notwendiger wären.

Allein eine Vollzeitstelle zu fördern löst Probleme nicht.